

Die Woche im Bundestag



Kritisch, aber konstruktiv

Die Corona-Pandemie hat Deutschland erneut fest im Griff. Rasant steigende Fallzahlen belasten bundesweit die Intensivstationen, Kindergärten und Schulen. Oberste Priorität bleibt der Schutz von Kindern ohne Impfmöglichkeit und von Älteren mit einer schwachen Immunabwehr. Die Ampel macht es sich zu leicht, wenn sie nur die vermeintlich angenehmen Botschaften verkündet.

Wir beraten den von den Ampelfraktionen vorgelegten Gesetzentwurf zu Corona kritisch, aber konstruktiv. Einige unserer Punkte hat die Ampel aufgegriffen wie etwa die eindeutige Strafbarkeit der Nutzung gefälschter Impfpass. Andere Punkte fehlen im Gesetzentwurf: Erstens das Frage-recht aller Arbeitgeber, ob ihre Beschäftigten geimpft, genesen oder getestet sind. Nur so macht eine 3G-Regelung am Arbeitsplatz Sinn. Zweitens werden die Länder in ein zu enges Korsett bis zum nächsten Frühjahr gezwängt, mit dem sie die Pandemie in den Griff bekommen sollen. Wir brauchen klare politische Führung und möglichst einheitliche Absprachen der Länder.

Belarus entgegentreten

Das Regime in Belarus benutzt Menschen aus dem Na-hen und Mittleren Osten, um den Migrationsdruck auf die EU zu erhöhen. Wir verurteilen dieses menschenver-achtende Handeln scharf. Migranten werden zu einem Werkzeug belarussischer Erpressungspolitik herabge-würdigt.

In der Migrationspolitik ist unsere Linie klar: Der unions-geführten Koalition ist es in der vergangenen Legisla-turperiode gelungen, die Migrationszahlen deutlich zu sen-ken und ein gutes Gleichgewicht zwischen Humanität und Ordnung herzustellen. Diesen Erfolg wollen wir dau-erhaft sichern. Eine einladende Migrationspolitik der Ampel setzt genau das falsche Signal. Angesichts der dramatischen Entwicklungen an der polnischen EU-Außengrenze brauchen wir eine geschlossene europäi-sche Haltung gegenüber Belarus, harte Sanktionen und eine wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen – im engen Schulterschluss mit Polen, Litauen und Lettland.



Verbesserter Zugang zu Hilfen für Opfer der SED-Diktatur



Am 9. November legte die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Gewaltherrschaft beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, ihren ersten Bericht vor. Dazu erklärt **die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann:**

„Die SED-Opferbeauftragte hat ihre Feuertaufe bestanden. Denn ihr erster Bericht hat es in sich. Sie legt für die Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Gewaltherrschaft den Finger in offene Wunden. Damit gibt sie den Menschen, die noch heute unter den massiven Folgen von Willkür, Verfolgung und Unrecht leiden, eine Stimme.

Genau dies war unsere Hoffnung und Erwartung. Wir wissen: Die Opfer brauchen eine Anwältin auf Bundesebene. Deshalb hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich für die Schaffung des neuen Amtes der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag eingesetzt.

Denn zur Wahrheit gehört: Trotz vieler Entscheidungen und Verbesserungen für die Opfer gibt es auch 31 Jahre nach der Deutschen Einheit noch Handlungsbedarf. Ansprüche dürfen nicht an Bürokratie scheitern. Laut des Berichts werden aber die Anträge auf Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden bei neun von zehn Opfern abgelehnt. Sie können in der Regel nicht beweisen, dass die damalige Repression Grund für die heutige Schädigung ist. Die CDU/

CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung nach erleichterter Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden. Die Opfer brauchen einen verbesserten Zugang zu Hilfen. Denn sie werden immer älter und leiden seit Jahren.

Wichtig ist insoweit der gesamtdeutsche Ansatz der SED-Opferbeauftragten. Opfer ist Opfer - unabhängig vom Wohnort. Bei den Hilfsangeboten müssen alle Opfer im Blick sein, egal, ob sie im Osten oder Westen Deutschlands wohnen.

Ihnen allen muss Gerechtigkeit widerfahren - nicht nur finanziell. Ihr Leid muss sichtbar dokumentiert werden. Der Deutsche Bundestag hat deshalb auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer von Kommunismus beschlossen. Bundestag und Bundesregierung haben dafür in der letzten Legislaturperiode alle Hausaufgaben gemacht. Jetzt liegt der Ball beim Berliner Senat. Dieser muss endlich einen konkreten Standortvorschlag vorlegen. Unrecht verjährt nicht.

Die innere Einheit muss vollendet und an den Unrechtsstaat DDR erinnert werden. Dafür werden wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiter kämpfen - so wie in den vergangenen Jahrzehnten. Ohne die Union gäbe es kein Stasiunterlagengesetz als Grundlage der Aufarbeitung von Verfolgung und Bespitzelung. Wir haben gesorgt für die Einsetzung von zwei Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Gründung der Bundesstiftung Aufarbeitung, die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch Überführung von der Stasiunterlagenbehörde in das Bundesarchiv, die Einführung einer SED-Opferrente, die Schaffung des DDR-Heimkinderfonds, die Verabschiedung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die Schaffung eines Zeitzeugenbüros des Bundes und des Bundesprogramms „Jugend erinnert“, die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze und die Verlängerung der Möglichkeit zur Überprüfung auf frühere Stasitätigkeit im Öffentlichen Dienst. CDU und CSU standen wie keine andere Fraktion fest an der Seite der Opfer von Diktatur und Widerstand. Wir werden weiter standhaft bleiben.“

Polen braucht die volle Unterstützung der EU

„Die Migrationslage an der europäischen Außengrenze zwischen Polen und Belarus spitzt sich zu und droht vor dem Wintereinbruch zu einer humanitären Tragödie zu werden. Die weitere Eskalation im staatlich organisierten Menschenhandel durch den belarussischen Machthaber Lukaschenko ist abscheulich. Sie erfordert jetzt ein konsequentes Vorgehen der EU, damit eine menschliche Katastrophe verhindert wird. Es ist notwendig, dass die Europäische Union zügig Sanktionen gegen diejenigen Fluggesellschaften verhängt, die Migranten nach Belarus befördern, obwohl diese aus offensichtlich missbräuchlichen Gründen Visafreiheit erhalten. Gleichzeitig benötigt Polen die volle Unterstützung der Europäischen Union, um seine Grenze und damit auch die EU-Außengrenze zu sichern und die Migration aus Belarus unter Einhaltung des Europa- und Völkerrechts bewältigen zu können. Die Europäische Union darf sich von Lukaschenko nicht erpressen lassen. Sie muss jetzt handeln.“

Der innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg, zu den Angaben belarussischer Behörden, wonach sich mehrere hundert Migranten zu Fuß auf den Weg zur polnisch-belarussischen Grenze



gemacht haben. Es drohen Grenzdurchbrüche nach Polen und damit in die Europäische Union.

Entwaldung weltweit stoppen



Auf der Klimakonferenz in Glasgow haben sich mehr als hundert Staaten dazu bekannt, die Entwaldung bis zum Jahr 2030 zu beenden. Dazu erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Albert Stegemann:**

„Ohne einen nachhaltig genutzten Wald wird es nicht gelingen, die Klimaerwärmung aufzuhalten. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist daher der Kampf gegen die weltweite Waldzerstörung und den Ausbau der nachhaltigen Nutzung. Das breite Bekenntnis auf der Klimakonferenz in Glasgow, gegen die weltweite Waldzerstörung vorzugehen, ist ein wichtiger und überfälliger Schritt im internationalen Kampf gegen den Klimawandel. Allein ein Hektar Wald bindet rund acht Tonnen CO₂. Ohne den Beitrag der Wälder und der Holznutzung in Deutschland lägen die nationalen Gesamtemissionen um rund 14 Prozent höher.“

Unsere nachhaltig bewirtschafteten Wälder in Deutschland und die daraus entstehenden Holzprodukte müssen daher forstwirtschaftlich genutzt und in der Produktion gehalten werden. Die nächste Bundesregierung wird gefordert sein, sich weiterhin zur multifunktionalen Waldbewirtschaftung zu bekennen. Weitere Waldstilllegungen, wie von einigen der Ampelparteien gefordert, sind kontraproduktiv und müssen verhindert werden.“

Die Woche im Plenum



Gesetz zur Verbesserung des Schutzes vor Impfpassfälschungen. In einem aktuellen Beschluss hat das Landgericht Osnabrück die Nutzung gefälschter Impfpässe im privaten Bereich (z.B. gegenüber Apotheken oder Gastwirten) für nicht strafbar gehalten. Die Entscheidung ist in der Fachwelt umstritten und noch nicht rechtskräftig. Die Generalstaatsanwaltschaft hat Rechtsmittel eingelegt. Mit dem Gesetzentwurf, über den wir in 1. Lesung beraten haben, soll ein Vorschlag für die Schließung aller erdenklichen Strafbarkeitslücken gemacht und das Strafmaß für Impfpassfälschungen erhöht werden. Als Reaktion auf unseren Entwurf haben die Ampel-Fraktionen in aller Eile einen eigenen Entwurf erstellt und unsere inhaltlichen Anliegen teilweise in den Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes übernommen (siehe unten).

Migration ordnen, steuern und begrenzen – Neue Pullfaktoren verhindern – Lukaschenko stoppen. Im Lauf der 19. Legislaturperiode ist es der unionsgeführten Bundesregierung gelungen, die Migrationszahlen deutlich zu senken und ein gutes Gleichgewicht zwischen Humanität und Ordnung herzustellen. Kein anderes Land in Europa hat in den letzten Jahren mehr Flüchtlinge aufgenommen als Deutschland und somit für die tatsächlich Verfolgten eine große humanitäre Leistung vollbracht. Derzeit steigen die Migrationszahlen wieder an. Ein erheblicher Teil der aktuell in Deutschland ankommenden Migranten ist über Belarus in die EU gelangt. Der Antrag stellt das Erfordernis einer weiteren intensiven Einwirkung auf das Lukaschenko-Regime und die mit dem

Migrationsgeschehen verbundenen Verkehrsunternehmen in den Vordergrund. Die Ampel-Parteien werden aufgefordert, keine neuen Pullfaktoren z.B. durch Spurwechsel und Ausweitung von Sozialleistungen zu setzen.

Planungssicherheit für Familien und Kommunen – Frist für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung verlängern. Der Deutsche Bundestag hat in der letzten Legislaturperiode mit dem Ganztagsförderungsgesetz die stufenweise Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschul Kinder ab dem Jahr 2026 auf den Weg gebracht. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei diesem Ausbau mit 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. Ein Teil der Mittel wurde 2020 im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets bereitgestellt. Aufgrund der Lage im Handwerk können viele Mittel für den Infrastrukturausbau derzeit nicht rechtzeitig abgerufen und verausgabt werden. Mit dem Antrag, den wir in 1. Lesung beraten haben, wollen wir erreichen, dass der Bund in Abstimmung mit den Bundesländern die vorgesehene Frist für die Verausgabung der Mittel um eine angemessene Zeit über den 31. Dezember 2021 hinaus verlängert.

2026

**ANSPRUCH AUF
GANZTAGSBETREUUNG FÜR
JEDES NEU EINGESCHULTE KIND**

CDU & CSU

Einsetzung eines Hauptausschusses, eines Petitionsausschusses sowie eines Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Mit der Einsetzung der drei Ausschüsse stellen wir die grundlegende Arbeitsfähigkeit des 20. Deutschen Bundestages her. Der Hauptausschuss vereint für eine Übergangszeit die Zuständigkeiten aller Fachausschüsse. So kann der Bundestag auch vor der Wahl eines Bundeskanzlers und damit der Amtsübernahme der neuen Bundesregierung auf dringende Entwicklungen rea-

gieren. Wenn die neue Bundesregierung im Amt ist und die Zuschnitte der Ressorts feststehen, werden auch die Ausschüsse wieder eingesetzt. Ergänzend werden wir auch das Verfahren für die Berechnung der Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen und den Zeitplan des Deutschen Bundestages für das Jahr 2022 festlegen.



Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weitere Gesetze anlässlich der Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Die aktuelle Corona-Lage bereitet uns erhebliche Sorge. Die vierte Welle rollt mit voller Wucht, die Ansteckungszahlen sind derzeit so hoch wie nie. Trotz der von der unionsgeführten Bundesregierung organisierten Impfkampagne seit Jahresanfang müssen wir unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erneut auf den Prüfstand stellen und unsere Anstrengungen nochmal verstärken. Als Union sind wir dazu bereit.

Die drei Ampel-Fraktionen planen ungeachtet der dramatischen Infektionslage, die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ zum 25. November 2021 nicht zu verlängern und auslaufen zu lassen. Die Ampel macht es sich zu leicht: Allein mit der Aufhebung von Einschränkungen und der Ankündigung weiterer Ausgleichszahlungen wird die Ampel unsere Bevölkerung nicht schützen können.

Die Ampel-Parteien halten die Voraussetzungen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite nicht mehr für gegeben und möchten mit Basis-Maßnahmen – etwa der Maskenpflicht, Abstandsgebot, 3G – sicher durch Herbst und Winter kommen. Hier steht zu befürchten, dass das wenig engagierte Herangehen der Ampel-Fraktionen zu einem leichtfertigen Umgang mit der Pandemie verleitet. Weiter

wollen sie die Rolle der Länder bei der Pandemiebekämpfung schwächen: SPD, Grüne und FDP haben vor, die Länder in ihren Möglichkeiten einzuschränken, bei der Gefahr einer erneuten starken Ausbreitung von Corona vor Ort die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu treffen. Dabei ist die größte Kompetenz zur effizienten Eindämmung einer Akut-Lage stets vor Ort zu finden. Kluge und wirksame Regelungen in der gegenwärtigen Situation auszusetzen, zeugt nicht von Weitsicht. Und: SPD, Grüne und FDP haben bisher keinen Vorschlag zur weiteren Unterstützung unserer Krankenhäuser vorgelegt. Aus unserer Sicht muss eine weitere Unterstützung für Krankenhäuser, die deren Mehrbelastung durch Corona-Patienten finanziell abfedert, mitbetrachtet werden. Außerdem fehlen einige wesentliche Aspekte zur Eindämmung der Pandemie im Gesetzentwurf der Ampel-Parteien komplett (beispielsweise bundesweite Testpflicht in Gemeinschaftseinrichtungen, klare Regelung für 2G/3G oder Auskunftsrecht über Impfstatus für alle Arbeitgeber).



Unser Ziel ist gleichwohl, diesen Gesetzentwurf konstruktiv zu begleiten. Wir sind deshalb mit den Fraktionen im Gespräch und bemüht, unsere Punkte in den Gesetzentwurf einzubringen. Zu diesen zählen insbesondere die von der Wirtschaft gewünschte, rechtlich abgesicherte Berechtigung aller Arbeitgeber, den Impfstatus ihrer Beschäftigten zu erfragen, und eine Rechtsgrundlage für eine bundesweit zulässige Testpflicht in Gemeinschaftseinrichtungen.

Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben im Umsatzsteuerrecht. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2020 haben wir der Bundesregierung aufgegeben, die Höhe der Vorsteuerbelastung der pauschal besteuerten Landwirte

jährlich anhand aktueller statistischer Daten zu überprüfen. Mit diesem Gesetzentwurf der Bundesregierung, über den wir in 1. Lesung beraten haben, wird den Vorgaben des EU-Rechts Rechnung getragen. Der Durchschnittssatz für Pauschallandwirte wird auf den jeweils aktuellen Wert angepasst. Für das Jahr 2022 beträgt der maßgebliche Durchschnittssatz 9,5 Prozent. Daneben muss die Richtlinie (EU) 2021/1159 vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie bis zum 31. Dezember 2021 in nationales Recht umgesetzt werden.



Daten & Fakten

Außenhandel: Importpreise im September 2021 +17,7 % gegenüber September 2020

Die Importpreise waren im September 2021 um 17,7 % höher als im September 2020. Eine höhere Vorjahresveränderung hatte es zuletzt im August 1981 im Rahmen der zweiten Ölpreiskrise gegeben (+19,5 % gegenüber August 1980). Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr im August 2021 bei +16,5 % gelegen, im Juli 2021 bei +15,0 %. Gegenüber dem Vormonat August 2021 stiegen die Importpreise im September 2021 um 1,3 %.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Vor 10 Jahren: Aufdeckung des NSU-Morde.

Die rechtsextreme Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ermordete von 2000 bis 2007 zehn Men-

schen. Der NSU wurde im November 2011 aufgedeckt. Im Juli 2018 wurde die Hauptangeklagte Beate Zschäpe schuldig gesprochen und als Mittäterin zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. Vier Mitangeklagte wurden ebenfalls verurteilt. Knapp 1.400 Seiten umfasst der Abschlussbericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum NSU, der von den Obleuten aller Fraktionen am 22. August 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.



Die Untersuchung möglicher Versäumnisse der betroffenen Verfassungsschutz-, Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden brachte als wesentlichen Kritikpunkt die mangelnde länderübergreifende Behördenkooperation zutage. Die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses wurden in mehreren Gesetzen umgesetzt, insbesondere im „Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages“ vom Juni 2015.

(Quelle: bpb; Deutscher Bundestag)

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.